

WELT: Nach der Wiedervereinigung haben Sie ein Buch zur deutschen Außenpolitik mit dem Titel „Angst vor der Macht“ veröffentlicht. Mit Ihrer These, die Deutschen seien nach 1945 vom Extrem der „Machtversessenheit“ ins Extrem der „Machtvergessenheit“ abgeglitten, standen Sie nicht allein. Wenn Sie jetzt Deutschland anschauen: Hat sich an Ihrer Diagnose etwas geändert?

Schöllgen: „Angst vor der Macht“ meinte damals Angst vor der neuen Situation, so wie sie sich für das vereinigte Deutschland in politischer, wirtschaftlicher, währungspolitischer, in gewisser Weise auch militärischer beziehungsweise geostrategischer Hinsicht darstellte. Ich habe mich gefragt, woher diese Angst kam und welche Schlüsse daraus zu ziehen seien. An der Antwort hat sich bis heute nichts geändert. Sie lautete: Es gibt kein zweites Land, das innerhalb von wenigen Jahrzehnten sein politisches Gesicht so oft hat ändern müssen wie Deutschland, viermal allein seit 1918: vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, von dieser zur Diktatur des Dritten Reiches und von dort zur Bundesrepublik, die ihrerseits heute, nach den Ereignissen der Jahre 1989/90, wieder eine andere ist als die von 1949. Zu diesem Anderssein gehörte eben auch diese Machtkomponente. Weniger, daß die Deutschen glaubten, sie hätten wieder Macht, als vielmehr, daß alle anderen uns in dieser Machtposition gesehen und deshalb verlangt haben, Deutschland solle seinem Gewicht entsprechend agieren. Heute muß ich sagen: Es ist gelungen, diesen Erwartungen in hohem Maße gerecht zu werden. Ob das innerhalb der europäischen Integrationsbewegung ist, wo die Bundesrepublik nach wie vor eine allgemein respektierte Vorreiterrolle einnimmt, oder ob das bei dem Engagement in Bosnien der Fall ist, das in dieser Form noch vor drei Jahren als undenkbar gelten mußte.

Er rät der deutschen und europäischen Politik, die seit dem Fall der Mauer eingetretenen Veränderungen in den Ländern der Dritten Welt stärker zur Kenntnis zu nehmen: Gregor Schöllgen (45), Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Erlangen.

„Ich bin überzeugt, daß die Probleme, die sich dort aufbauen, ungleich größer sind als die, die wir jetzt im West-Ost-Gefälle in Europa zu beobachten haben“, sagt er im WELT-Gespräch. Mit Gregor Schöllgen sprachen Gernot Facius und Rainer Zitelmann.

„Die Vergangenheit darf Europa nicht einholen“

politik in diesem Lande formuliert? Es gibt, im Grunde schon seit Bismarck, eine Tradition in Deutschland, daß die zentralen außenpolitischen Entscheidungen im Kanzleramt getroffen werden. Sie müssen also eigentlich nicht das Auswärtige Amt fragen, ob es richtig gewichtet, sondern wir müßten diejenigen fragen oder genauer: denjenigen fragen, der die Richtlinienkompetenz besitzt. Und der würde – im übrigen wie alle seine Vorgänger im Kanzleramt – wohl kaum einen Zweifel daran lassen, daß Wirtschaftspolitik immer Realpolitik ist. Was sollte sie denn sonst sein?

WELT: Was den Maastrichter Prozeß der europäischen Einigung angeht, so bleibt ein wenig diffus, worauf er wirklich zielen soll. Geht es um die Schaffung eines europäischen Bundesstaates, was ja auch das Ende der nationalstaatlichen Verfassung der Bundesrepublik bedeuten würde? Oder bleibt es bei einem engen Verbund von Nationalstaaten, die ihre Aktivitäten auf den verschiedenen Politikfeldern zunehmend koordinieren, auch unter Aufgabe von Souveränitätsrechten?

Schöllgen: Das hat sich in den letzten fünf bis zehn Jahren erheblich geändert. Daß der Vertrag von Maastricht zu einem relativ frühen Zeitpunkt, im Februar 1992, unterzeichnet worden ist, hat vor allem eine Erklärung, nämlich die starken Ressentiments gegen eine deutsche Vereinigung. Es war die von Helmut Kohl richtig erkannte einzige Möglichkeit, um insbesondere die Mitterrands, aus französischer Sicht natürlich nachvollziehbares Mißtrauen gegen die Vereinigung zu beseitigen. Dann hat sich das geändert, weil dieser Prozeß eine enorme Eigendynamik angenommen hat. Stärker als zuvor wurde jetzt die europäische Einigung unter dem Gesichtspunkt der Globalisierung gesehen und begründet. Der Euro ist zu einem Synonym für Konkurrenzfähigkeit geworden.

Nun stellt sich natürlich die Frage, ob sich über den Euro das einstellen wird, was bisher nicht gelungen ist: eine politische Gemeinschaft. Ob die wiederum die Überwindung der Nationalstaaten bringen wird, ist im doppelten Sinne zu beantworten. Im staatsrechtlichen Sinne ist das vielleicht denkbar. Ohnehin geben die Einzelstaaten ja längst Kompetenzen an die Gemeinschaft ab. Aber was das Bewußtsein der Völker angeht, so wird das nationale Element nicht nur nicht untergehen, sondern sogar eine gewisse Renaissance erfahren. Und zwar schon deshalb, weil die nationale Identität in der prinzipiellen Unübersichtlichkeit des Großen eine wichtige Orientierung bleibt.

Es gibt keine Alternative zur EU-Erweiterung

WELT: Sie würden also bejahen, daß es die Rückkehr des nationalen Prinzips nach Europa gibt, just in dem Zeitpunkt, an dem Europa sich zusammenschließt. Oder ist es eher etwas unterhalb der nationalen Ebene mehr ein regionales Prinzip?

Schöllgen: Das ist für die einzelnen Länder unterschiedlich zu beantworten. Der italienische Weg wird beispielsweise ist spätestens seit dem 19. Jahrhundert ein anderer gewesen als der mitteleuropäische, so daß sich die Entwicklung des italienischen Nordens aus dieser spezifischen Geschichte erklärt, wo hingegen Sie in Deutschland interessanterweise ja bis heute keinen Rückzug ins Regionale haben. Das föderale Prinzip erfährt zwar im Augenblick aus bestimmten Gründen eine gewisse Verstärkung, aber die haben wenig mit einer Rückbesinnung auf regionale Kulturtraditionen zu tun.

WELT: Herr Professor Schöllgen, verheißt sich Europa nicht, wenn es sich zu einer einheitlichen Währungsstruktur durchzwingt, das Jahrhundertwerk der EU-Erweiterung gen Osten in Angriff nimmt?

Schöllgen: Im Grunde gibt es keine Alternative. Es war doch immer so: Wenn Europa in eine westliche, östliche, nördliche, südliche Hälfte gespalten war, ist das für den Kon-



Gregor Schöllgen: Kein Land mußte sein politisches Gesicht so oft ändern wie Deutschland

FOTO: NUNEX

Zur Person

Gregor Schöllgen wurde 1952 in Düsseldorf geboren. Das Studium der Geschichte, der Philosophie und der Sozialwissenschaften schloß er 1977 mit der Promotion im Fach Philosophie ab. 1982 habilitierte er sich für Neuere Geschichte. Seit 1985 ist Schöllgen Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Erlangen.

In den vergangenen Jahren ist er immer wieder Einladungen zu Gastprofessuren an ausländischen Universitäten gefolgt, in diesem Winter an der London School of Economics und Political Science. Schöllgen ist Mitglied zahlreicher Gremien, so des Vorstands der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung und des Wis-

senschaftlichen Beirats des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände der Museen der Stadt Nürnberg. Er gilt als einer der besten Kenner der internationalen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Bei C. H. Beck erschien 1996 seine Epochendarstellung „Geschichte der Weltpolitik von Hitler bis Gorbatschow“.

inent nicht gesund gewesen. So sehr wir den Fall des Eisernen Vorhangs begrüßt haben, so sicher wissen wir, daß das politisch das Ende einer Epoche bedeutet hat. Aber in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht ist der Kontinent nach wie vor gespalten. Wenn es uns nicht gelingt, insbesondere das dramatische wirtschaftliche und soziale Gefälle zu überwinden, wird uns diese Vergangenheit, die mehr denn je eine Gegenwart ist, in Zukunft einholen.

WELT: Die Notwendigkeit einer Überwindung dieses Gefälles ist das eine, die reale Durchsetzungsmöglichkeit aber das andere.

Schöllgen: Damit nicht genug. Auf dieses Problem fixiert, neigen wir in Europa und auch in Deutschland dazu, das wesentlich größere Problem zu übersehen. Wir übersehen, daß es außerhalb Europas und neben dem östlichen Teil unseres Kontinents noch eine andere Welt gibt – nämlich die sogenannte Dritte Welt. Und wir in Deutschland haben, da unsere koloniale Tradition 1919 abrupt abgebrochen ist, fast keinen Bezug zu dieser Dimension der Weltpolitik. Ich bin davon überzeugt, daß die Probleme, die sich dort aufbauen, ungleich größer sind als die, die wir jetzt im West-Ost-Gefälle in Europa zu beobachten haben.

WELT: Willy Brandt, mit dem Sie sich als Vorstandsmitglied der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung intensiv beschäftigt haben, hat dieses Thema Nord-Süd stark bewegt. Inwiefern hat Brandts politisches Denken, gerade auch auf diesem Feld, für uns heute Bedeutung?

Schöllgen: Es hat in mehrfacher Hinsicht eine erhebliche Relevanz, denn Brandt hat sehr früh schon darauf hingewiesen, daß in der Dritten Welt eine Zeitbombe tickt. Er ist bereits als Regierender Bürgermeister in die Länder der Dritten Welt gereist. Zum einen, um für Berlin und das geteilte Deutschland zu werben, zum anderen, weil er um die Bedeutung dieser Räume für die zukünftige Entwicklung der Welt wußte. Er hat ja auch noch nach seinem Rückzug aus dem Amt des Bundeskanzlers gerade auf diesem Feld, wie auf keinem zweiten, politische Aktivitäten entwickelt, von denen übrigens unsere Reputation bis heute zehrt.

WELT: Hat sich nicht unsere Sicht total verändert? Seinerzeit hat man die Nord-Süd-Probleme unter dem Aspekt der Entwicklungshilfe, der Unterentwicklung, gesehen. Heute sehen wir viele dieser Län-

der als Konkurrenten. Und wir fragen uns, ob wir in einem immer schärferen Wettbewerb gegen die südostasiatischen Länder, gegen Indien oder die erwachenden südamerikanischen Staaten überhaupt noch bestehen können.

Schöllgen: Die Dritte Welt, die wir heute kennen, ist nicht mehr die der 50er und 60er Jahre, und zwar genau aus dem von Ihnen angesprochenen Grund. Es hat sich auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges aus dieser Dritten Welt eine neue Welt herausgeschält, die diese Konkurrenzdimension aufweist. Aber nur auf diesen Teil der Dritten Welt zu sehen, ist aus zwei Gründen problematisch: Zum einen, weil, wie wir gerade in Südostasien sehen, dieser Entwicklungssprung mit erheblichen Problemen verknüpft ist, und weil zum zweiten der verbliebene, riesige Teil der Dritten Welt dabei übersehen würde. Im Augenblick sind 50 Millionen Menschen auf der Flucht. Anfang der 70er Jahre waren es noch 2,5 Millionen. Der größte Teil davon ist nicht in jenen Ländern der südlichen Halbkugel zu finden, die Sie angesprochen haben, sondern in der Regel in Afrika und Südasiens. Dort ist das Problem in seiner verheerenden Form immer noch präsent. Das meinte ich, als ich sagte, daß diese Welt uns einholen wird, wenn die Probleme, die zu diesen Flüchtlingsströmen führen, von uns kaum noch kontrollierbar sind. Was würden wir denn unternehmen, wenn wir uns mangels Wasser nicht ernähren können? Wir würden dort hin gehen, wo wir eine Ernährungsgrundlage vorfinden würden.

WELT: Was heißt das für deutsche und europäische Politik?

Schöllgen: Daß es wichtig ist, die Probleme innerhalb Europas zur Kenntnis zu nehmen, aber daß es auch wichtig ist, die Blicke darüber hinauszulenken. Wir in Deutschland sind verstärkt seit dem Fall der Mauer in Form der sogenannten Asylantenfrage mit diesem Problem direkt konfrontiert worden. Es verlagert sich heute; vor allem sind die Gründe für Asylsuchende andere geworden. Sie haben immer stärker mit den Umweltproblematiken zu tun und weniger mit den klassischen politischen Ursachen. Wenn Sie unsere europäischen Nachbarn nehmen, wenn Sie nach England sehen oder nach Frankreich, Belgien, Holland, also zu den ehemaligen Kolonialmächten, so haben die mit den Problemen der Dritten Welt in einer ganz anderen Weise zu tun. Zum

einen, indem die Bewohner der ehemaligen Kolonien in die Mutterländer drängen, und zum anderen dadurch, daß die vormaligen Kolonialherren immer häufiger von den vormaligen Kolonien gerufen werden, um ein Mindestmaß von Stabilität zu garantieren – und das meint keineswegs nur militärische Stabilität. Wenn nun Europa einmal zusammenrückt, möglicherweise irgendwann auch in Form einer politischen Union, eventuell sogar mit einer militärischen Komponente, dann ist grundsätzlich jedes europäische Mitgliedsland mit betroffen, wenn sich ein anderes Mitgliedsland der Gemeinschaft in der Dritten Welt engagiert, und sei es indirekt.

Eine intakte Sowjetunion hätte niemals zugestimmt

WELT: Der Satz, wir müßten als Deutsche – oder auch als Europäer – die Probleme in den Heimatländern der Menschen lösen, damit diese Probleme nicht zu uns kommen, klingt dabei jedoch nach erheblicher Selbstüberschätzung.

Schöllgen: Es wäre ein Unsinn zu glauben, daß ein einzelnes Land das Potential hätte, um die Probleme der Dritten Welt zu lösen. Das heißt, wir wären wieder bei Europa: Man muß sich darüber einig werden, welchen Teilen der Welt man aus welchen Gründen auf die Beine zu helfen versucht, und man muß dies auch deutlich sagen. Ein diffuses Hilfsversprechen wäre das Letzte, was wir und die, die Hilfe brauchen und suchen, erwarten.

WELT: Läßt sich denn unter dem Strich sagen: Unter dem glücklichen Umstand des Falls der Mauer in Europa hat die Dritte Welt gelitten, weil Mittel und Kräfte absorbiert wurden von der gewaltigen Aufgabe der Rekonstruktion in Osteuropa?

Schöllgen: Wenn Sie mit politischen Repräsentanten der Dritten Welt sprechen, dann wird dies dort so gesehen. Nun wissen wir ja nicht, was passiert wäre, wenn die Mauer nicht gefallen wäre – ob dann beispielsweise nennenswert mehr Geld geflossen wäre. Wohl aber kann man die Frage stellen, ob die Probleme der Dritten Welt unter der alten Ordnung sich heute so darstellen würden, wie sie das heute tun. Das kann man wohl verneinen, weil der Zustand der Dritten Welt bis zum Ende der alten

Ordnung wesentlich durch den Ost-West-Gegensatz geprägt worden war. Das heißt, so zynisch das klingt, der Ost-West-Gegensatz war für die Dritte Welt insoweit auch von Nutzen, als die beiden Blöcke jeweils versucht haben, die Dritte Welt für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Man hat sie zum Teil sozusagen gekauft. Mit dem Wegfall des Ost-West-Gegensatzes ist die Notwendigkeit nicht mehr gegeben. Deswegen steht die Dritte Welt heute schlechter da.

WELT: Welche Rolle spielt in einer islamischen Bewegung in einer neuen Weltordnung?

Schöllgen: Fest scheint zu stehen, daß es sich beim islamischen Fundamentalismus, der ja keineswegs eine homogene Bewegung ist, auch um die Reaktionen von Gesellschaften beziehungsweise Kulturen handelt, deren überkommene Werte bedroht sind. Ein im weiteren Sinne vergleichbares Phänomen hatten wir in der Zwischenkriegszeit: Ein Grund für den enormen Zuspruch totalitärer Bewegungen lag in der Orientierungslosigkeit, die sich einstellte, als nach dem Ersten Weltkrieg die alten, starren Ordnungen zusammengebrochen waren.

WELT: Da Sie die totalitären Bewegungen erwähnen: Wie sehen Sie die neuen Diskussionen über Nationalsozialismus, Faschismus und Kommunismus, die zur Zeit insbesondere auch in Frankreich geführt werden? Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es zu den Debatten, die wir hierzulande geführt haben?

Schöllgen: Der Unterschied ist der, daß wir in Deutschland diese Diskussionslage seit Jahrzehnten haben. Vielleicht gibt es in Deutschland deshalb plötzlich eine gewisse Irritation darüber, daß jetzt auch bei unseren Nachbarn diese Debatte stattfindet. Wir haben uns ja lange Zeit – durchaus zu Recht – in hohem Maße über unser Verhältnis zur NS-Zeit definiert. Wenn Sie das 40 Jahre gemacht haben, dann sind Sie als nationales Kollektiv so sehr mit diesem Gedanken verbunden, daß es irritieren muß, wenn jetzt bei den Nachbarn, aus deren Sicht mit gutem Grund, eine vergleichbare Diskussion aufkommt.

WELT: Ist diese deutsche Art der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus eher ein Sonderfall, ein Sonderweg, wie ein Volk sich mit seiner Geschichte befaßt?

Schöllgen: Wenn man die Diskussionslage bis zum Ende der alten Ordnung nimmt: ja. Die Art und Weise, wie Deutschland-West mit

seiner Vergangenheit umgegangen ist, war beispielhaft. Ob die Quantität der Auseinandersetzung mit der Intensität der Auseinandersetzung korrespondiert hat, ist eine andere Frage.

WELT: Zu einem anderen Thema: Wie ist aus heutiger Sicht die Entspannungspolitik, die neue Ostpolitik zu beurteilen? Welche Politik hat nun letztlich gesiegt – die harte, konsequente Haltung gegenüber dem Ostblock oder eher die von Brandt geprägte Entspannungspolitik? Oder ist es eine Kombination aus beiden in jeweils anderen historischen Etappen?

Schöllgen: Genauso würde ich das beantworten. Es ist eine Kombination aus beiden in ihrer Zeit. Die Entspannungspolitik hat den Vertrauensvorschuß bei unseren östlichen Nachbarn, aber nicht zuletzt auch bei unseren westlichen Verbündeten mit geschaffen, um dann in der Vereinigungsfrage die Lösung zu finden, die die Deutschen wollten. Andererseits kann ich mir nicht vorstellen, daß Gorbatschow unter den Bedingungen einer intakten Sowjetunion der Vereinigung hätte zustimmen können, zustimmen wollen ohnehin nicht. Es kann gar keinen Zweifel geben, wie übrigens Gorbatschow selbst rückwirkend immer wieder betont hat, daß die konsequente Haltung in der Frage des Nato-Doppelbeschlusses die Sowjetunion auch finanziell in den Ruin getrieben hat.

Visionäre mit politischem Instinkt

WELT: Tut man also Egon Bahr und Willy Brandt unrecht, wenn man einräumt, daß die neue Ostpolitik zwar ursprünglich auch als Weg zur Überwindung der Teilung konzipiert war, dann aber irgendwann eine Politik zur Zementierung des Status quo wurde?

Schöllgen: Gerade die neue Ostpolitik ist immer eine notwendige, in bestimmten Situationen innenpolitisch allerdings sehr schwer durchzusetzende Reaktion auf die weltpolitischen Vorgaben gewesen. Mangels anderer Alternativen gab es in den 60er Jahren und später kaum eine andere Möglichkeit, als den Weg zu gehen, den Brandt und Bahr eingeschlagen haben. Und so wie sich die weltpolitischen Rahmenbedingungen, aus deutscher Sicht, im Laufe der 70er und 80er Jahre entwickelt haben, gab es realistischweise keinen Grund mehr anzunehmen – oder sagen wir: zu hoffen, daß noch irgendein Weg hin zur Überwindung der Teilung führen könne.

WELT: Aber dann hätten alle diejenigen unrecht behalten, die wie Axel Springer darauf beharrt haben, daß die deutsche Teilung überwunden werden müsse, und dies auch möglich sei.

Schöllgen: Die Zahl der ernstzunehmenden Stimmen, die das in den 80er Jahren prophezeit haben, die können Sie fast an den Fingern einer Hand abzählen. Wenn Sie damals den Zusammenbruch des Kommunismus und die Wiedervereinigung prognostiziert haben, dann gab es zwei Möglichkeiten: Entweder man hielt Sie für einen weltfremden Traumtänzer oder aber für jemanden, der die weltpolitischen Realitäten partout nicht zur Kenntnis nehmen wollte. In der Rückschau betrachtet wird man solchen Visionären sicherlich einen beachtlichen politischen Instinkt zuerkennen müssen.

WELT: Es gab Politiker und Experten in Bonn, die den Gedanken der Abrüstung verknüpft haben mit der Forderung nach einer operativen Deutschland-Politik und die dann kaltgestellt wurden.

Schöllgen: Dabei unterstellen Sie, daß Deutschland-Politik bis zum Ende der alten Ordnung souverän als nationale Politik hätte betrieben werden können. Das konnte sie jedoch nie. Ich erinnere an Helmut Schmidts Begegnung mit Honecker am Werbellinsee in Dezember 1981, wo die Irritationen des Auslandes erkennen ließen, was passiert wäre, wenn deutsche Politik gesagt hätte, wir nehmen jetzt mal aktiv das Thema Wiedervereinigung ins Visier und verknüpfen es beispielsweise mit Abrüstungs- oder wirtschaftspolitischen Fragen. Ein Sturm der Entrüstung wäre nicht etwa im damaligen Ostblock losgebrochen, sondern bei unseren westlichen Verbündeten. Sieben Jahre später, im Winter 1988/89 während der schweren Nato-Krise über die „doppelte Null-Lösung“, wurde das noch einmal deutlich. Was damals in amerikanischen Medien als „Genschismus“ firmierte, war nichts anderes als der alte Rapallo-Komplex, und auch der tauchte damals in französischen Zeitungen wieder auf. Der Hintergrund war, daß Deutschland vielleicht über die Rüstungs- beziehungsweise Abrüstungsfrage wieder einmal bilaterale mit den Sowjets an den Westmächten vorbei diverse Fragen, unter diesen auch die Vereinigungsfrage, ansprechen könnte. So gesehen hatten – ich stimme Ihnen völlig zu – Stimmen wie die von Ihnen zitierten keine Chance, sie konnten keine Chance haben.